

Stellungnahme zu den Koalitionsverhandlungen in Brandenburg

„Auch für Wasserstoff brauchen wir Windenergie.“

Potsdam, 24. September 2019: Nach den Sondierungsgesprächen starten in Brandenburg die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grüne und CDU. „Wir erwarten von den zukünftigen Regierungsparteien ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Erneuerbaren Energien“, so Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des BWE in Berlin / Brandenburg.

„Die Windkraft ist der Leistungsträger für die Energiewirtschaft nach der Kohle“, betont Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des BWE in Berlin / Brandenburg „Und sie gehört inzwischen zu den günstigsten Energiequellen, die wir haben: Ohne den weiteren Zubau von Windenergie werden die Stromkosten deutlich steigen.“¹

„Es ist wichtig, dass Industrie und Gewerbe in Zukunft den CO2 neutralen Strom direkt aus ihrer Region beziehen können“, so Glahr. „Wir begrüßen, dass die Koalitionsparteien dafür die Gesetzgebung vereinfachen wollen.“

„Die zentrale Herausforderung in Brandenburg ist derzeit allerdings der massive Einbruch beim Ausbau der Windenergie“, betont Glahr. Im ersten Halbjahr 2019 wurden lediglich acht Windenergieanlagen errichtet. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang von über 80 Prozent. Eine Entspannung der Situation ist nach Branchenangaben nicht in Sicht. „Ohne Ausbau bleiben alle Pläne für eine kohlestofffreie Wirtschaft in Deutschland reines Wunschdenken: Grüner Wasserstoff kann nicht ohne Windstrom erzeugt werden“, erklärt Glahr.

„Die Klimademonstrationen in Brandenburg, und auch weltweit, beweisen, die Mehrheit der Menschen will, dass die Politik beim Klimaschutz endlich vorankommt. Das Energieland Brandenburg muss mutig und innovativ vorgehen. Gerade jetzt, wo die Beschlüsse des Klimakabinetts der Bundesregierung weit hinter den Erwartungen liegen, muss der Druck aus den Ländern kommen“, so Glahr.

Hintergrund: In den Sondierungsgesprächen einigten sich SPD, Grüne und CDU auf folgende Punkte als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen:

- Die Koalitionäre wollen „die Bundesgesetzgebung so ändern, dass Industrieunternehmen regional erzeugten Strom zukünftig auch selbst nutzen“ können.
- Die Koalitionäre halten an der in der „Energiestrategie des Landes vorgesehenen 10.500 MW an installierter Windleistung“ fest. Sie setzen dabei „vor allem auf Repowering durch effizientere Anlagen“.
- Die Sondierungsparteien wollen „die betroffenen Kommunen bei der Planung über die regionalen Planungsgemeinschaften hinaus stärken beteiligen sowie dafür sorgen, dass das Geld auch in den betroffenen Orten bleibt.“
- Bei Power-to-X soll Brandenburg eine Vorzeigeregion werden: „Wir werden sowohl aus wirtschaftspolitischen als auch aus ökologischen Gründen die Power-to-X Technologie und den Energieträger Wasserstoff besonders fördern. Dabei soll Brandenburg zu einer Wasserstoff-Vorzeigeregion entwickelt werden.“

¹ Vgl. unter anderem die aktuelle Kurzstudie „[65% Erneuerbare senken den Strompreis](#)“ (arepo consult)

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Kontakt

Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender
Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)
Landesverband Berlin-Brandenburg
Gregor-Mendel-Straße 36
14469 Potsdam

Geschäftsstelle

Sebastian Haase
Tel: 0331 27342-884
Fax: 0331 27342-886
be-bb@bwe-regional.de
www.wind-energie.de